

Einstellungs-/Weiterbeschäftigungsvorschlag für wissenschaftliche Beschäftigte und Lehrkräfte für besondere Aufgaben

<input type="checkbox"/> Über das School Office / Verwaltung d. TUM School of mit Anlagen an die Technische Universität München <input type="checkbox"/> Zentralabteilung 2, Referat 21, München <input type="checkbox"/> Zentralabteilung 2, Referat 22, München <input type="checkbox"/> Zentralabteilung 2, Referat 23, Garching <input type="checkbox"/> Zentralabteilung 2, Referat 24, Weihenstephan	Beschäftigungsstelle (nur falls bekannt: Org.-Einheit-Nr. 3000) TUM School of
	Department
	Lehrstuhl/Professur/Einrichtung/Abteilung
<input type="checkbox"/> Einstellungsvorschlag <input type="checkbox"/> Weiterbeschäftigungsvorschlag	Für Rückfragen steht zur Verfügung: Frau/Herr _____ Telefon-Nr. _____ E-Mail _____

1. Wichtige Vorbemerkungen und Hinweise

Einstellungsvorschläge sind **sofort nach Abschluss der Einstellungsvorverhandlungen**, mindestens aber sechs Wochen vor der beabsichtigten Arbeitsaufnahme der Personalabteilung vorzulegen.

Verlängerungsvorschläge sind der Personalabteilung **mindestens vier Monate** vor der beabsichtigten Weiterbeschäftigung vorzulegen, um eine Meldepflicht bei der Agentur für Arbeit zu vermeiden. Eine Arbeitsaufnahme vor Abschluss des Arbeitsvertrages darf nicht erfolgen.

Der Einstellungsvorschlag begründet keinen Anspruch auf Eingruppierung in der vorgeschlagenen Entgeltgruppe.

Die Eingruppierung wird von der Personalabteilung auf der Grundlage des Vordruckes „Feststellung der Entgeltgruppe“ vorgenommen.

Aus Anlass der Einstellung wird im Regelfall keine Umzugskostenvergütung zugesagt. Weitere Hinweise siehe im Dienstleistungskompass unter dem Stichwort „Umzugskosten“ (<https://portal.mytum.de/kompass/index/kompass/personalwirtschaft/umzugskosten>).

2. Angaben zum beabsichtigten Beschäftigungsverhältnis

Frau/Herr (Name, Vorname)		geboren am	Staatsangehörigkeit s. Checksheet (Anlage)	
soll ab	<input type="checkbox"/> unbefristet	<input type="checkbox"/> befristet bis	Vertragsdauer mindestens zwei Jahre, sonst Begründung s. Seite 3	
als	in Entgeltgruppe <input type="checkbox"/> E 13 <input type="checkbox"/>			
<input type="checkbox"/> eingestellt werden.		<input type="checkbox"/> weiterbeschäftigt werden.		
Es besteht/bestand bereits ein Beschäftigungsverhältnis an der TUM als:		<input type="checkbox"/> Beamtin/Beamter <input type="checkbox"/> wissenschaftliche Hilfskraft <input type="checkbox"/> studentische Hilfskraft		
<input type="checkbox"/> Beschäftigte/r <input type="checkbox"/> wissenschaftliche/r Beschäftigte/r Bei Weiterbeschäftigung ohne Unterbrechung: <input type="checkbox"/> Die auszuübende Tätigkeit bleibt gleich. Die bisherige Tätigkeitsbeschreibung/Feststellung der Entgeltgruppe gilt fort. <input type="checkbox"/> Die auszuübende Tätigkeit ändert sich. Eine neue Tätigkeitsbeschreibung/Feststellung der Entgeltgruppe liegt bei.				
<input type="checkbox"/> Die/der Einzustellende erhält neben dem Beschäftigungsverhältnis zusätzlich ein Stipendium der TUM (nicht einer externen Einrichtung). Bitte Stipendienbescheid der TUM in Kopie beifügen.				
<input type="checkbox"/> Vollzeit (100 %)	<input type="checkbox"/> im Umfang von	% bzw.	h/Woche	Beim Umfang < 50% Begründung erforderlich. Bei Qualifizierungsbefristungen sind mind. 11 h/Woche erforderlich.
<input type="checkbox"/> von der Fünf-Tage-Woche abweichende Festlegung auf		Tage, und zwar: <input type="checkbox"/> Mo <input type="checkbox"/> Di <input type="checkbox"/> Mi <input type="checkbox"/> Do <input type="checkbox"/> Fr		
ggf. abweichende Arbeitszeit von - bis	<input type="checkbox"/> Vollzeit (100 %)	<input type="checkbox"/> im Umfang von	%	<input type="checkbox"/> h/Woche
<input type="checkbox"/> von der Fünf-Tage-Woche abweichende Festlegung auf		Tage, und zwar: <input type="checkbox"/> Mo <input type="checkbox"/> Di <input type="checkbox"/> Mi <input type="checkbox"/> Do <input type="checkbox"/> Fr		
Der überwiegende Arbeitsplatz der Mitarbeiterin/des Mitarbeiters befindet sich in:				
<input type="checkbox"/> München	<input type="checkbox"/> Garching	<input type="checkbox"/> Weihenstephan	<input type="checkbox"/>	
Weitere/r Einsatzorte:				

3. Verrechnung – genaue Angaben zwingend erforderlich

Planst./Drittm./sonst.M.*	PlanstellenNr./FondsNr.	Kapitel/Titel	Finanzstelle	ggf. Angabe zu Zeitraum/Umfang
Planst./Drittm./sonst.M.*	PlanstellenNr./FondsNr.	Kapitel/Titel	Finanzstelle	ggf. Angabe zu Zeitraum/Umfang
Planst./Drittm./sonst.M.*	PlanstellenNr./FondsNr.	Kapitel/Titel	Finanzstelle	ggf. Angabe zu Zeitraum/Umfang

*) Bei **Planstellenbesetzungen** ist die Zustimmung der School zwingend einzuholen und beizufügen.
 Bei **EXU-Stellen (sonstige Mittel)** ist die Zustimmung des HR 1 (Hr. Dr. Ostermeier) zwingend einzuholen und beizufügen.
 Bei **Drittmittelfinanzierung** bitte die Angaben auf Seite 3 beachten.

Es handelt sich hierbei um ein **Marie S.-Curie Projekt** (bitte Grant Agreement vorlegen).

Es wird bestätigt, dass bei einer Beschäftigung zu Lasten von Dritt- und sonstigen Mitteln diese zur Abdeckung aller anfallenden Personalkosten einschließlich Zuwendung, Urlaubsgeld, Zulagen etc., Arbeitgeberanteile Sozialversicherung und Zusatzversorgung sowie der ggf. anfallenden Umzugskostenvergütung/Trennungsgeld für den gesamten Vertragszeitraum ausreichend zur Verfügung stehen.

4. Lehrverpflichtung

Die Bestimmungen der Ausführungsverordnung zum Bayerischen Hochschulinnovationsgesetz (AVBayHIG) und die Leitlinien zur Erfüllung der Lehrverpflichtung des wissenschaftlichen Personals an der Technischen Universität München (LLTUM) finden Anwendung. Weitere Hinweise siehe im Dienstleistungskompass unter dem Stichwort „Lehrverpflichtung“ (https://portal.mytum.de/kompass/index/kompass/personalwirtschaft_public/lehrauftrag_lehrverguetung).

Die/Der Obengenannte soll als **Lehrkraft für besondere Aufgaben** beschäftigt werden und hat eine Lehrverpflichtung im Umfang von wöchentlich _____ Lehrveranstaltungsstunden zu erfüllen (§ 4 Abs. 1 Nr. 7 und 8b LUFV).

5. Begründung für ein befristetes Arbeitsverhältnis (Siehe [Videotutorial 3 *](#))

5.1 Qualifizierungsbefristung nach § 2 Abs. 1 Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG)

Der/die Arbeitnehmer/in ist **nicht** promoviert (§ 2 Abs. 1 Satz 1 WissZeitVG). Die befristete Beschäftigung erfolgt zur Förderung der eigenen wissenschaftlichen Qualifizierung. Es wird bestätigt, dass die beabsichtigte befristete Beschäftigung der **angestrebten Qualifizierung** dient (bitte **zwingend** ankreuzen bzw. benennen) und die vereinbarte Befristungsdauer **angemessen** ist.
 Qualifizierungsziel:

Der/Die Arbeitnehmer/in **ist** promoviert (§ 2 Abs. 1 Satz 2 WissZeitVG). Die befristete Beschäftigung erfolgt zur Förderung der eigenen wissenschaftlichen Qualifizierung. Es wird bestätigt, dass die beabsichtigte befristete Beschäftigung der **angestrebten Qualifizierung** dient (bitte **zwingend** ankreuzen bzw. benennen) und die vereinbarte Befristungsdauer **angemessen** ist.
 Qualifizierungsziel:

Wichtig

Begründung, wenn die vorgesehene **Arbeitsvertragslaufzeit weniger als zwei Jahre** beträgt (**Bitte beachten Sie, dass alle – auch school-internen – Finanzierungsmöglichkeiten zur Überbrückung genutzt werden müssen. Mit Ihrer Unterschrift bestätigen Sie dies.**)

- Qualifizierung ist an das Forschungsprojekt geknüpft, dessen Laufzeit weicht ab, Überbrückungsfinanzierung nicht
- möglich Qualifizierungsziel wird innerhalb der Vertragslaufzeit erreicht (z.B. Abschluss der Promotion)
- abweichende Begründung:

Ggfs. weitere Erläuterungen/ Bemerkungen zur Qualifizierung:

zusätzliche zwingende Angaben bei Verrechnung aus Drittmitteln

Name, Beginn- und Enddatum des Drittmittelprojekts/der Drittmittelprojekte bei Mischfinanzierungen:

Begründung, wenn die vorgesehene **Arbeitsvertragslaufzeit kürzer als die** Laufzeit des Drittmittelprojektes ist:

5.2 Drittmittelbefristung nach § 2 Abs. 2 Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) – nur, wenn keine Qualifizierungsbefristung möglich ist

- Die/Der Beschäftigte wird überwiegend aus Drittmitteln finanziert, die für eine bestimmte Aufgabe und Zeitdauer bewilligt sind, und überwiegend der Zweckbestimmung dieser Mittel entsprechend beschäftigt. Die vereinbarte Befristungsdauer entspricht dem bewilligten Projektzeitraum.
Name und Beginn- und Enddatum des Drittmittelprojekts (bitte Kopie des Zuwendungsbescheids bzw. des FuE-Vertrages in jedem Einzelfall beilegen. Verweise auf zu früheren Zeitpunkten eingereichte Unterlagen reichen nicht aus.)

Begründung, wenn die vorgesehene **Arbeitsvertragslaufzeit** von der Laufzeit des Drittmittelprojektes abweicht:

5.3 Sonstiger Befristungsgrund außerhalb des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG)

- Der Bedarf an der Arbeitsleistung besteht aus sonstigen besonderen (sachlichen oder in der Person der Arbeitnehmerin/des Arbeitnehmers liegenden) Gründen nur vorübergehend.

Von den Vorbemerkungen und Hinweisen unter Ziffer 1 sowie vom Infoblatt zur Entgeltsystematik – Stufenfestsetzung wurde Kenntnis genommen. Die Richtigkeit der Angaben wird versichert.

Für die rechtmäßige Bearbeitung des Einstellungs- bzw. Weiterbeschäftigungsvorschlages ist die vollständige Vorlage aller Formulare und Dokumente, siehe hierzu Checksheet (Anlage), unter Beachtung der Unterschriftserfordernisse zwingend erforderlich. Aufgrund der Vielzahl der zu betreuenden Personalmaßnahmen kann eine teilweise oder vorläufige Bearbeitung unvollständiger Unterlagen regelmäßig nicht erfolgen. Die Personalabteilung behält sich vor, unvollständige Unterlagen zurückzusenden. Bitte beachten Sie, dass sich dadurch die Bearbeitungsdauer und ggf. der beabsichtigte Einstellungstermin, erheblich verzögern kann.

München, den

Garching, den

Weihenstephan, den

.....
Unterschrift Bewerber/in

.....
Unterschrift School-/Department-/Lehrstuhl/
Abteilungsleitung/Geschäftsführer/in

Anlagen - Checksheet

Für die erstmalige Einstellung der Bewerberin/des Bewerbers sind folgende Unterlagen beigefügt:

<ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Feststellung der Entgeltgruppe (Videotutorial 11 *) <input type="checkbox"/> Stufenfestsetzung Dokumentation einschlägige Berufserfahrung (sofern der/die Bewerber/in über einschlägige Berufserfahrung verfügt) (Videotutorial 7 *) <input type="checkbox"/> Personalfragebogen mit Lichtbild mit Unterschrift im Original <input type="checkbox"/> Fragebogen zur Verfassungstreue mit Unterschrift im Original <input type="checkbox"/> Fragebogen zur Scientology-Organisation mit Unterschrift im Original <input type="checkbox"/> amtliches Führungszeugnis zur Vorlage bei einer deutschen Behörde (Behördenführungszeugnis) <p>Bitte geben Sie die Adresse der für den jeweiligen Hochschulstandort zuständigen Personalbetreuung der Zentralabteilung 2 – Personal an. Die Zuständigkeit können Sie dem Organigramm der Homepage der Zentralabteilung 2 - Personal unter http://www.personal.zv.tum.de entnehmen. Weitere Informationen hierzu finden Sie im Dienstleistungskompass unter dem Stichwort „Führungszeugnis“ (http://portal.mytum.de/kompass/).</p> <p><u>München:</u> Technische Universität München Zentralabteilung 2 – Zentraler Personalservice (Campus München) Arcisstraße 21 80333 München</p> <p><u>Garching:</u> Technische Universität München Zentralabteilung 2 - Referat 23 Walther-Meißner-Str. 2 85748 Garching</p> <p><u>Weihenstephan:</u> Technische Universität München Zentralabteilung 2 – Referat 24 Alte Akademie 1 85354 Freising</p>	<ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Hochschulabschlusszeugnisse und -urkunden <input type="checkbox"/> bei ausländischem Hochschulabschluss falls vorhanden: Nachweis über Gleichwertigkeit mit deutschem Abschluss (Ausdruck Anabin Datenbank https://anabin.kmk.org/anabin.html bzw. Zeugnisbewertung der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen der Kultusministerkonferenz) <input type="checkbox"/> Promotionsurkunde <input type="checkbox"/> Approbationsurkunde <input type="checkbox"/> Ausbildungszeugnis/se <input type="checkbox"/> Schulabschlusszeugnis/se <input type="checkbox"/> Lebenslauf <input type="checkbox"/> Nachweis/e über frühere Beschäftigungen im Hochschul- und Forschungsbereich (Arbeitsverträge etc.) <input type="checkbox"/> ggf. Nachweis über Stipendium der TUM <input type="checkbox"/> Hinweis zur Beitragspflicht (VBL) <input type="checkbox"/> ggf. Antrag auf Befreiung von der VBL-Pflichtversicherung <input type="checkbox"/> bei ausländischen Beschäftigten (nicht Staatsangehörige der EU-Mitgliedsstaaten, der Schweiz und der EWR-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen): gültiger Aufenthaltstitel mit Erlaubnis zur Arbeitsaufnahme bzw. bei einer Weiterbeschäftigung ggf. vorab die „Bestätigung über das Einreichen eines Online-Antrags“ (Bitte beachten Sie hierzu Videotutorial 8 * und Videotutorial 9 *). <input type="checkbox"/>
---	--

Zur Vorlage an das Landesamt für Finanzen – Bezügestelle Arbeitnehmer – sind bei der erstmaligen Einstellung folgende Unterlagen beigefügt:

<ul style="list-style-type: none"> <input type="checkbox"/> Nachweise zum Personenstand (ggf. Heiratsurkunde etc.) <input type="checkbox"/> ggf. Nachweis über private Krankenversicherung <input type="checkbox"/> ggf. Befreiungsbescheinigung der Rentenversicherung und grüne Befreiungskarte <input type="checkbox"/> ggf. Erklärung zu Kindern einschließlich Kopie der Geburtsurkunde <input type="checkbox"/> ggf. Antrag auf vermögenswirksame Leistungen einschließlich Kopie des Vertrages <input type="checkbox"/> ggf. Nachweis/e über frühere Beschäftigungen im öffentlichen Dienst <input type="checkbox"/> ggf. Nachweis über Wehr-/Zivildienst <input type="checkbox"/> ggf. Nachweis über frühere Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
--

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ergänzen.

Hinweise und Erläuterungen
zur Befreiung von der Pflichtversicherung
in der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes
(§ 2 Abs. 2 Tarifvertrag Altersversorgung – ATV –)

Nicht bei Vertragsverlängerungen!

Stand
Juni 2022

1. Die Regelung in § 2 Abs. 2 ATV hat folgenden Wortlaut:

(2) ¹Beschäftigte mit einer wissenschaftlichen Tätigkeit an Hochschulen oder Forschungseinrichtungen, die für ein befristetes Arbeitsverhältnis eingestellt werden, in dem sie wegen der Dauer der Befristung die Wartezeit nach § 6 Abs. 1 nicht erfüllen können, und die bisher keine Pflichtversicherungszeiten in der Zusatzversorgung haben, sind auf ihren schriftlichen Antrag vom Arbeitgeber von der Pflicht zur Versicherung zu befreien. ²Der Antrag ist innerhalb von zwei Monaten nach Beginn des Arbeitsverhältnisses zu stellen. ³Zugunsten der nach Satz 1 von der Pflichtversicherung befreiten Beschäftigten werden Versorgungsanwartschaften auf eine freiwillige Versicherung (entsprechend § 26 Abs. 3 Satz 1) mit Beiträgen in Höhe der auf den Arbeitgeber entfallenden Aufwendungen für die Pflichtversicherung, einschließlich eines eventuellen Arbeitnehmerbeitrags nach § 37 a Abs. 2, höchstens jedoch mit vier v.H. des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts begründet. ⁴Wird das Arbeitsverhältnis im Sinne des Satzes 1 verlängert oder fortgesetzt, beginnt die Pflichtversicherung anstelle der freiwilligen Versicherung mit dem Ersten des Monats, in dem die Verlängerung oder Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses über fünf Jahre hinaus vereinbart wurde. ⁵Eine rückwirkende Pflichtversicherung von Beginn des Arbeitsverhältnisses an ist ausgeschlossen.

Hinweis:

Seit 1. Januar 2018 entsteht durch eine Neuregelung der Unverfallbarkeit im Betriebsrentengesetz in der Pflichtversicherung bereits eine unverfallbare Rentenanwartschaft, wenn das Arbeitsverhältnis tatsächlich drei Jahre bestanden hat. Die Regelung in § 2 Abs. 2 ATV wurde bisher nicht an die neue Unverfallbarkeitsgrenze angepasst.

Im Hinblick auf die gesetzliche Neuregelung der Unverfallbarkeitsfrist kann für ab 1. Januar 2018 neu beginnende Arbeitsverhältnisse nur noch dann eine freiwillige Versicherung begründet werden, wenn das Arbeitsverhältnis auf weniger als drei Jahre befristet ist. Ist das Arbeitsverhältnis auf genau drei Jahre befristet, ist nach dem Betriebsrentengesetz bereits eine unverfallbare Rentenanwartschaft begründet. Eine Befreiung von der Pflichtversicherung zur VBL zugunsten einer freiwilligen Versicherung ist daher nicht mehr möglich.

2. Eine Befreiung von der Pflichtversicherung ist möglich, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- a) Wegen der Dauer der Befristung des Arbeitsverhältnisses kann die Unverfallbarkeitsfrist nach dem Betriebsrentengesetz nicht erfüllt werden.
- b) Sie müssen den Antrag innerhalb von zwei Monaten nach Beginn des Arbeitsverhältnisses stellen. Maßgebend ist das Eingangsdatum bei Ihrer Beschäftigungsstelle oder bei der für Sie zuständigen Bezugsstelle bei dem Landesamt für Finanzen. Geht der Antrag erst später ein, darf eine Befreiung nicht mehr ausgesprochen werden.
- c) Sie müssen eine wissenschaftliche Tätigkeit ausüben. Wissenschaftliche Tätigkeiten sind wissenschaftliche bzw. künstlerische Dienstleistungen, die von wissenschaftlichem bzw. künstlerischem Personal an Hochschulen nach § 42 Hochschulrahmengesetz - HRG - erbracht werden. Hiermit sind insbesondere Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Lehrkräfte für besondere Aufgaben gemeint. Voraussetzung für wissenschaftliche Tätigkeit ist in der Regel ein abgeschlossenes Hochschulstudium.
- d) Die wissenschaftliche Tätigkeit muss an einer Hochschule oder Forschungseinrichtung ausgeübt werden.
- e) Sie dürfen bisher keine Pflichtversicherungszeiten in einer Zusatzversorgungseinrichtung des öffentlichen Dienstes haben.
- f) Die Voraussetzungen für die Pflichtversicherung müssen dem Grunde nach vorliegen (prüft die Bezugsstelle).

3. Während der Befreiung von der Pflichtversicherung werden Anwartschaften auf Rentenleistung aus einer freiwilligen Versicherung erworben.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, Beiträge in Höhe von 4 % des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts in eine freiwillige kapitalgedeckte Versicherung der Beschäftigten/des Beschäftigten im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) einzuzahlen (die Möglichkeit, den Beitrag für eine anderweitige Altersvorsorge der Beschäftigten zu verwenden, besteht nicht). Daraus entsteht im Rentenfall auch ohne Erfüllung einer Wartezeit ein Anspruch auf Betriebsrente der VBL. Darüber hinaus haben Sie die Möglichkeit, eine eigene freiwillige Versicherung mit der VBL zu vereinbaren und die o.g. Arbeitgeberbeiträge aus eigenen Mitteln aufzustocken. Informationen hierzu erhalten Sie auf Anfrage unmittelbar von der VBL in Karlsruhe (E-Mail: kundenservice@vbl.de, Internet: www.vbl.de).

4. Die Leistungen aus der freiwilligen Versicherung sind nach derzeitigem Stand erheblich niedriger als die Leistungen aus der Pflichtversicherung.

Der Garantiezins in der freiwilligen Versicherung beträgt für Neuverträge ab 1. Juni 2016 nur noch 0,25 Prozent, während die Verzinsung in der Pflichtversicherung in der Ansparphase 3,25 Prozent und in der Rentenphase 5,25 Prozent beträgt. Damit sind die garantierten Leistungen in der freiwilligen Versicherung erheblich geringer als in der Pflichtversicherung.

5. Durch die Befreiung von der Pflichtversicherung können sich weitere Nachteile bei den Zusatzversicherungsleistungen ergeben. Insbesondere:

Aus der freiwilligen Versicherung stehen keine sozialen Komponenten nach § 9 ATV zu. Das bedeutet, dass für den Fall einer Elternzeit keine zusätzlichen Versorgungspunkte nach § 9 Abs. 1 ATV berücksichtigt werden. Außerdem werden für den Fall einer Erwerbsminderung oder für den Fall des Todes während des Beschäftigungsverhältnisses keine zusätzlichen Versorgungspunkte nach § 9 Abs. 2 ATV (Hinzurechnungspunkte) berücksichtigt.

Bei einer späteren Pflichtversicherung mit einem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis vor Renteneintritt nehmen die Anwartschaften aus der Pflichtversicherung nur dann an der Verteilung von Bonuspunkten nach § 19 ATV (Dynamik) teil, wenn mindestens 120 Umlagemonate in der Pflichtversicherung erfüllt sind.

Beispiel:

Eine Beschäftigte/ein Beschäftigter ist zunächst für 2 Jahre in der freiwilligen Versicherung anstelle der Pflichtversicherung versichert. Nach 2 Jahren wird das Arbeitsverhältnis für weitere neun Jahre fortgesetzt. Da in der Pflichtversicherung nur für neun Jahre Umlagemonate zu berücksichtigen sind, sind die Voraussetzungen für die Dynamik nicht erfüllt. Die Rentenanwartschaft aus der Pflichtversicherung bleibt daher vom Ende des Arbeitsverhältnisses bis zum Eintritt des Rentenfalls oder einem Wiederbeginn der Pflichtversicherung statisch.

6. Trotz wirksamer Befreiung kann zu einem späteren Zeitpunkt die Pflichtversicherung eintreten.

Bei einer Verlängerung oder Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses über drei Jahre hinaus beginnt die Pflichtversicherung anstelle der freiwilligen Versicherung mit dem Ersten des Monats, in dem die Verlängerung oder Fortsetzung über drei Jahre hinaus vereinbart wurde. Damit endet die Verpflichtung des Arbeitgebers zur Beitragsentrichtung in die freiwillige Versicherung; im Übrigen bleibt die freiwillige Versicherung bestehen. Eine rückwirkende Pflichtversicherung vom Beginn des Arbeitsverhältnisses an ist nach § 2 Abs. 2 Satz 5 ausgeschlossen.

7. Bitte wenden Sie sich vor einer eventuellen Befreiung wegen weiterer Informationen zu den Unterschieden zwischen der freiwilligen Versicherung und der Pflichtversicherung unmittelbar an die VBL (E-Mail: kundenservice@vbl.de, Internet: www.vbl.de).

Die VBL hat für Beschäftigte mit einer befristeten wissenschaftlichen Tätigkeit die wichtigsten Informationen in der „Info VBLspezial“ für Wissenschaftler/innen ([deutsch/english](#)) zusammengestellt.

Dieses Hinweisblatt habe ich erhalten und zur Kenntnis genommen. Auf die zweimonatige Frist für die Beantragung der Befreiung von der Pflichtversicherung bin ich hingewiesen worden.

Name	Vorname	Geschäftszeichen der Bezügestelle: -
Ort, Datum		Unterschrift

Name, Vorname _____ PLZ Ort _____
 Geburtsdatum _____ Straße _____
 ggf. Geburtsname _____ Telefon _____

Geschäftszeichen, sofern bereits bekannt:

Landesamt für Finanzen

Bezugestelle Arbeitnehmer
 Arbeitsgruppe:

**Antrag auf Befreiung von der Pflichtversicherung
 in der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes
 (§ 2 Absatz 2 Tarifvertrag Altersversorgung – ATV –)**

1	<p>Antrag der/des Beschäftigten:</p> <p>Ich beantrage für mein am _____ beginnendes/begonnenes Beschäftigungsverhältnis die Befreiung von der Pflichtversicherung in der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL). Die Hinweise und Erläuterungen zur Befreiung von der Pflichtversicherung in der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes habe ich erhalten und zur Kenntnis genommen. Mir ist insbesondere bekannt, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Leistungen aus der freiwilligen Versicherung nach derzeitigem Stand erheblich niedriger sind als die Leistungen aus der Pflichtversicherung, – sich durch die Befreiung auch sonstige Nachteile bei den Zusatzversorgungsleistungen ergeben, – der Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht nicht widerrufen werden kann, – nach Befreiung von der Versicherungspflicht ein Antrag auf Wechsel von der freiwilligen Versicherung in die Pflichtversicherung nicht rückwirkend sondern nur zum nächsten Monatsersten möglich ist, – die Befreiung endet, sobald das befristete Arbeitsverhältnis auf genau drei Jahre oder darüber hinaus verlängert wird (eine Befreiung ist bei befristeten Arbeitsverhältnissen von genau drei Jahren nicht möglich), – der Arbeitgeber zu meinen Gunsten Beiträge in eine freiwillige kapitalgedeckte Versicherung bei der VBL an Stelle der Pflichtversicherung entrichtet und ich selbst die Möglichkeit habe, darüber hinaus eine eigene freiwillige Versicherung bei der VBL zu vereinbaren und die Arbeitgeberbeiträge aus eigenen Mitteln aufzustocken. <p>Ich bestätige, dass ich bisher keine Pflichtversicherungszeiten in einer Zusatzversorgungseinrichtung des öffentlichen Dienstes habe.</p> <p>Hinweise zum Datenschutz nach Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) Verantwortlich für die Verarbeitung dieser Daten ist das Landesamt für Finanzen, Rosenbachpalais, Residenzplatz 3, 97070 Würzburg (Telefon: 0931-4504-6770; E-Mail: servicedesk@lff.bayern.de). Die Daten werden erhoben, um Ihr Entgelt entsprechend den vertraglichen und gesetzlichen Bestimmungen festzusetzen, anzuordnen und abzurechnen. Hiervon ist auch die Erfüllung der Pflichten erfasst, die dem Freistaat Bayern als Arbeitgeber in Lohnsteuer-, sozialversicherungs- und zusatzversorgungsrechtlicher Hinsicht obliegen. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe b) und Buchstabe c) DS-GVO, Art. 9 Abs. 2 Buchstabe b) DS-GVO, Art. 88 Abs. 1 DS-GVO, § 611 BGB. Weitere Informationen über die Verarbeitung Ihrer Daten im Rahmen der Entgeltabrechnung und Ihre Rechte bei der Verarbeitung Ihrer Daten erhalten Sie im Internet unter http://www.lff.bayern.de/formularcenter/allgemein/index.aspx#info_datenschutz. Alternativ erhalten Sie diese Informationen auch unter obigen Kontaktdaten. Unseren behördlichen Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter Landesamt für Finanzen, – Datenschutzbeauftragter –, Rosenbachpalais, Residenzplatz 3, 97070 Würzburg (Telefon: 0931-4504-6767; E-Mail: datenschutzbeauftragter@lff.bayern.de).</p>
	<p>_____ Ort, Datum</p> <p>_____ Unterschrift</p>
2	<p>Bestätigung der Beschäftigungsstelle:</p> <p>Die/Der Beschäftigte übt eine wissenschaftliche Tätigkeit im Sinne des § 2 Absatz 2 ATV aus. Die Beschäftigungsstelle ist eine Hochschule oder Forschungseinrichtung im Sinne des § 2 Absatz 2 ATV.</p>
	<p>_____ Ort, Datum</p> <p>_____ Unterschrift, Stempel</p>